



N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 02.05.2024
öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:18 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Dr.med. Detlef Wend	Ausschussvorsitzender Fraktion MitBürger
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Jan Döring	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Beate Gellert	Fraktion Hauptsache Halle
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Helga Schubert	fraktionslos
Diana Franke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Gaby Hayne	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tobias Heinicke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Uwe Kramer	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Anna Manser	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Christof Starke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
René Moses	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Nico Teschner	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Susanne Willers	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Robert Schönrok	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Daniel Becker	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Jerome Deubel	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Verwaltung:

Katharina Brederlow	Beigeordnete des Geschäftsbereichs Bildung und Soziales
Annika Seidel-Jähmig	Referentin Geschäftsbereich Bildung und und Soziales
Christian Loll	Leiter Team Fördermittel
Andreas Fritsch	Leiter ASD – Sozialpädagogische Leistungen
Juri Schauder	Beratungspsychologe
Constanze Heinemann	Koordinatorin Jugendsozialarbeit und go!Halle
René Lukas	Protokollführer

Gäste:

Manuela Elz	Fachärztin für Kinder/Jugendpsychiatrie/ Psychotherapie
-------------	--

Entschuldigt fehlten:

Sören Steinke	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dörte Jacobi	Fraktion Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig
Dagmar Deckwerth	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Dr. Toralf Fischer	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Tino Kleinert	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Hendrik Kluge	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Mirko Petrick	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Etienne Samuel Knorre	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Max Nordhaus	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tatjana Privorozki	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Wend teilte mit, dass die Fraktion MitBürger den TOP unter

zu 7.4 Antrag der Fraktion MitBürger zur Anlage eines Stadtplatzes in Glaucha Vorlage: VII/2024/06836

vertagen wird.

Des Weiteren wies er darauf hin, dass der verwiesene Antrag der Fraktion MitBürger zur Einrichtung von Freitischen an kommunalen Schulen nicht auf der Tagesordnung steht.

Er bat um Prüfung des Sachverhaltes.

Nach Prüfung des Sachverhaltes, bestand ein Versehen der Verwaltung bei der Aufnahme des Antrags auf die Tagesordnung.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief Herr Dr. Wend zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt.

öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
- 3.1. Kinder- und Jugendsprechstunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 04.04.2024
5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
6. Beschlussvorlagen
- 6.1. Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe, Dezentrale Jugendbüros in der Stadt Halle (Saale) für den Zeitraum vom 01.07.2024 bis 30.06.2026
Vorlage: VII/2024/06872

- 6.2. 1. Satzung zur Änderung der Satzung über das Verfahren zur Aufnahme und Auswahl in den 5. Schuljahrgang und die Festlegung von Kapazitätsgrenzen der Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen, Gymnasien ohne inhaltlichen Schwerpunkt und Sekundarschulen der Stadt Halle (Saale) - 1. Änderungssatzung der Aufnahmesatzung - Vorlage: VII/2024/07088
- 7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 7.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Handlungsempfehlungen des Bildungsbeirates Halle zum Umgang mit Kinderarmut in Bezug auf Bildung
Vorlage: VII/2024/06963
 - 7.2. Antrag des Stadtrates Jan Döring (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Schaffung eines Angebotes für die Unterstützung von Careleavern
Vorlage: VII/2024/07102
 - 7.3. Antrag der Fraktion MitBürger zur Erarbeitung von Leitlinien für die informelle Bürgerbeteiligung
Vorlage: VII/2023/06596
 - 7.3.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion MitBürger zur Erarbeitung von Leitlinien für die informelle Bürgerbeteiligung (VII/2023/06596)
Vorlage: VII/2023/06644
 - 7.4. Antrag der Fraktion MitBürger zur Anlage eines Stadtplatzes in Glaucha
Vorlage: VII/2024/06836
- 8. Mitteilungen
 - 8.1. Jahresplanung Jugendhilfeausschuss 2024
Vorlage: VII/2024/07069
 - 8.2. Runder Tisch Systemsprenger - Bündnis zur Perspektiventwicklung für systemherausfordernde Kinder und Jugendliche in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2024/07158
 - 8.3. Bericht aus dem Allgemeinen Sozialen Dienst
Vorlage: VII/2024/07157
 - 8.4. Bericht zum Jahresabschluss Unterhaltsvorschuss (UVG) für das Jahr 2023 sowie aktuelle Informationen zur Auswirkung der Ukraine-Krise auf den Bereich UVG
Vorlage: VII/2024/07137
- 9. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 10. Anregungen

nicht öffentlicher Teil:

- 12. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 04.04.2024
- 13. Beschlussvorlagen
- 14. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 15. Mitteilungen
- 16. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 17. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu 3.1 Kinder- und Jugendsprechstunde

Es lagen keine Fragen zur Kinder- und Jugendsprechstunde vor.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 04.04.2024

Es gab keine Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift vom 04.04.2024, sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 5 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlichen Beschlüsse aus der letzten Sitzung vor.

zu 6 Beschlussvorlagen

**zu 6.1 Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe, Dezentrale Jugendbüros in der Stadt Halle (Saale) für den Zeitraum vom 01.07.2024 bis 30.06.2026
Vorlage: VII/2024/06872**

Frau Heinemann brachte die Beschlussvorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Dr. Wend bemerkte, dass die einzelnen Förderungen in Ihrer Summe sehr hoch sind. Er bat um Erklärung.

Herr Loll teilte mit, dass bei den ersichtlichen Förderungssummen für 2024 bis 2026 die Personalausgaben und die Sachausgaben aufgeführt wurden.

Herr Dr. Wend erkundigte sich, ob hierbei Eigenanteile relevant waren.

Herr Loll verneinte dies. Er verwies auf die Begründungen zur Abweichung des Eigenanteils der einzelnen Träger in der Anlage A.

Frau Haupt erwähnte die gute Zusammenarbeit mit den Jugendlichen in den einzelnen Jugendbüros. Sie erkundigte sich nach dem Zyklus der Teilnahme von Jugendlichen an diesem Projekt.

Frau Heinemann sagte, dass der Zyklus und der damit bestehende Verbleib der Jugendlichen für zusätzliche Betreuungs- und Unterstützungsleistungen nach dem Sozialgesetzbuch geregelt sind.

Herr Dr. Wend wies auf ein mögliches Mitwirkungsverbot hin. Es befand sich kein Ausschussmitglied im Mitwirkungsverbot.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung der Beschlussvorlagen bat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

1. die Haushaltsmittel für die Förderung der Dezentralen Jugendbüros zur Verfügung zu stellen:

in Höhe von 237.260,00 EUR für das Jahr 2024,
in Höhe von 476.480,00 EUR unter dem Haushaltsvorbehalt für das Jahr 2025,
in Höhe von 236.220,00 EUR unter dem Haushaltsvorbehalt für das Jahr 2026.

2. die Förderung bzw. Teilförderung der in der Anlage A unter den laufenden Nummern 1 bis 4 aufgeführten Maßnahmen für das Jahr 2024 und unter dem Haushaltsvorbehalt für die Jahre 2025 und 2026.

zu 6.2 1. Satzung zur Änderung der Satzung über das Verfahren zur Aufnahme und Auswahl in den 5. Schuljahrgang und die Festlegung von Kapazitätsgrenzen der Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen, Gymnasien ohne inhaltlichen Schwerpunkt und Sekundarschulen der Stadt Halle (Saale) - 1. Änderungssatzung der Aufnahmesatzung - Vorlage: VII/2024/07088

Frau Brederlow brachte die Beschlussvorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Frau Schmidt bemerkte, dass es problematisch ist, einen Aufwuchs an Schulen zu beschließen, ohne wirkliche Kenntnis über aktuelle Zahlen zu haben. Sie wies darauf hin, dass in der Anlage 2 zur Beschlussvorlage weiterhin die Sekundarschule Halle-Ost benannt ist. Diese Schule musste umbenannt werden, weil sie in Heide-Nord eröffnet wird.

Frau Brederlow verwies auf den bestehenden Beschluss zur Schulentwicklungsplanung. Die Sekundarschule wird zwar in Heide-Nord eröffnet, aber der endgültige Standort wird dementsprechend noch gesucht. Es könnten Überlegungen über eine Schreibweise „4. Sekundarschule“ stattfinden. Ausgeschlossen ist eine Benennung in Heide-Nord.

Frau Schmidt regte die Verwendung eines neutralen Titels an.

Frau Brederlow teilte mit, dass am 3. Mai für folgende Schulen Losverfahren durchgeführt werden. Christian-Wolff-Gymnasium, Giebichenstein-Gymnasium Halle, Gymnasium Südstadt Halle, Lyonel-Feininger-Gymnasium, IGS-Halle, IGS am Planetarium.

Herr Dr. Wend betonte, dass ihm eine heutige Zustimmung der Beschlussvorlage schwerfällt.

Er wies darauf hin, dass Schulen in Halle (Saale) zukünftig einmal unter ihrer Größe leiden werden. Viele Schulen werden an ihre Grenzen stoßen, wobei nicht nur der Aspekt der Fläche der Schule betrachtet werden sollte. Er wird sich bei der Abstimmung zur Beschlussvorlage enthalten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung der Beschlussvorlagen bat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Satzung über das Verfahren zur Aufnahme und Auswahl in den 5. Schuljahrgang und die Festlegung von Kapazitätsgrenzen der Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen, Gymnasien ohne inhaltlichen Schwerpunkt und Sekundarschulen der Stadt Halle (Saale) – 1. Änderungssatzung der Aufnahmesatzung – gemäß der Anlage 1.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 7.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den
Handlungsempfehlungen des Bildungsbeirates Halle zum Umgang mit
Kinderarmut in Bezug auf Bildung
Vorlage: VII/2024/06963**

Herr Döring brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass bei der Vorstellung der Ergebnisse des Bildungsbeirates erwähnt wurde, dass der Auftrag des Bildungsbeirates auch ist, die Stadtverwaltung und den Stadtrat zu beraten. Die Ergebnisse richten sich sowohl an den Stadtrat als auch an die Stadtverwaltung. Momentan werden verschiedene Maßnahmen zum Sachverhalt bereits umgesetzt. Sie bemerkte, dass der Antrag zur Umsetzung des gewünschten Sachverhalts zu unkonkret formuliert ist.

Herr Döring sagte, dass mit diesem Antrag keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für die Verwaltung gewollt ist. Es soll die dazugehörige Einschätzung der Verwaltung transparenter gestaltet werden. Des Weiteren soll es für künftige Gesprächsgrundlagen zur Prioritätensetzung und zur Weiterentwicklung der Stadt Halle (Saale) dienen.

Herr Heym zitierte den Passus aus dem Punkt 1 der Beschlussempfehlung: *„Die Maßnahmen sind anschließend hinsichtlich ihrer Notwendigkeit zu priorisieren“*. Er sagte, dass dadurch im Grunde die Aufgaben der Politik an die Verwaltung delegiert werden. Er hält die Ausführung zum Antrag von Frau Brederlow für nachvollziehbar.

Herr Kramer teilte mit, dass im Bildungsbeirat öfter die Diskussion aufkam, dass die Handlungsempfehlungen zwar nach außen artikuliert werden, aber eine Zusammenfassung der einzelnen Problemlagen eine kommunikative Aufgabe ist. Dieser Aufgabe sollte sich der nächste Stadtrat bewusst noch einmal stellen.

Herr Döring betonte, dass er persönlich nicht über alles Wissen in diesem Bereich verfügt. Er ist daher auf die Information der Stadtverwaltung angewiesen. Die Intention des Antrags sollte es sein, den Handlungsempfehlungen noch eine gewisse Dynamik zu verleihen.

Herr Heym verwies auf den Wortbeitrag von Herrn Kramer. Er sagte, dass spätestens bei der nächsten Haushaltsberatung eine Priorisierung vorgenommen werden muss. Dieser Vorgang ist eine politische Entscheidung der einzelnen Stadträte.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass es in der Jugendhilfe Methoden zur Priorisierung gibt, welche man Jugendhilfeplanung nennt. Sie teilte mit, dass laut Begründung im Antrag, die erarbeitete Maßnahmenliste im Rahmen der Haushaltsberatung 2025 vorgelegt werden soll. Das wäre ein Vorgriff auf die Jugendhilfeplanung. Diesen gewollten Vorgang kann man gesetzlich und fachlich nicht umsetzen.

Herr Dr. Wend teilte mit, dass er die Intention des Antrags nachvollziehen kann. Er sagte, dass die vorliegenden Handlungsempfehlungen des Bildungsbeirats nicht überraschend waren. Diese Empfehlungen wurden bereits schon formuliert und erkannt. **Herr Dr. Wend** sieht eher bei der Umsetzung dieser Handlungsempfehlungen ein Problem. Er wird dem Antrag zustimmen.

Frau Manser stellte fest, dass der inhaltliche Aspekt des Antrags mehrheitlich Unterstützung findet. Der angesprochene letzte Satz in der Begründung könnte von der antragsstellenden Fraktion angepasst werden.

Herr Döring teilte mit, dass der letzte Satz in der Begründung gestrichen wird: *Die von der Stadtverwaltung erarbeitete Maßnahmenliste soll in den zuständigen Fachausschüssen im Rahmen der Beratungen für den Haushalt 2025 behandelt werden.*

Herr Heym verdeutlichte, dass der Antrag mit seiner Intention eine gewisse Abgabe von Verantwortung widerspiegelt. Dieser Aspekt wird von ihm keinesfalls unterstützt.

Herr Kramer wies darauf hin, dass die Jugendhilfeplanung ein Arbeitskreislauf ist. Wir befinden uns momentan in der nächsten Stufe der Weiterentwicklung. Die Intention des Antrags, den gesamten Blickwinkel der Handlungsempfehlungen nochmals zu betrachten, schätzt er positiv ein. **Herr Kramer** empfindet ihn als kommunikativen Antrag.

Frau Manser wies darauf hin, dass dieses Thema sehr empfindlich ist. Es sollte dahingehend eine gewisse Einigkeit im Umgang mit dieser Angelegenheit im Ausschuss erfolgen.

Es gab keine weitere Wortmeldung, sodass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, aus allen vom Bildungsbeirat vorgelegten Handlungsempfehlungen aller vier Handlungsfelder zum Umgang mit Kinderarmut in Bezug auf Bildung, die im Verantwortungsbereich der Kommune liegen, Maßnahmen zu erarbeiten und darzustellen. Dabei ist der aus Sicht der Verwaltung sinnvolle Umfang der einzelnen Maßnahmen inklusive der dafür kalkulierten Kosten pro Maßnahme abzubilden. Die Maßnahmen sind anschließend hinsichtlich ihrer Notwendigkeit zu priorisieren. Empfiehlt die Verwaltung, eine Maßnahme nicht zu realisieren, soll diese Entscheidung begründet werden.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich auf den relevanten Ebenen mit geeigneten Initiativen oder Methoden für die Umsetzung von Handlungsempfehlungen einzusetzen, die nicht in kommunaler Zuständigkeit liegen. Der Stadtrat ist auf geeignete Weise zu beteiligen.

**zu 7.2 Antrag des Stadtrates Jan Döring (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Schaffung eines Angebotes für die Unterstützung von Careleavern
Vorlage: VII/2024/07102**

Herr Döring brachte seinen Antrag ein und begründete diesen.

Es gab keine weitere Wortmeldung, sodass Herr Dr. Wend um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einrichtung eines Angebotes für Careleaver in der Stadt Halle zu prüfen.

**zu 7.3 Antrag der Fraktion MitBürger zur Erarbeitung von Leitlinien für die informelle Bürgerbeteiligung
Vorlage: VII/2023/06596**

Herr Dr. Wend brachte seinen Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Frau Gellert nahm Bezug zur informellen Bürgerbeteiligung und somit verbundenen Kinder- und Jugendsprechstunde. Sie bemerkte, dass der Festsaal als Sitzungsort mit seiner Atmosphäre eher abschreckend auf die Kinder- Jugendlichen wirkt. Hierbei besteht eine gewisse Hemmschwelle. Kinder – Jugendliche fühlen sich an vertrauten Orten wohler, wie z.B. in Kinder- und Jugendeinrichtungen. Sie regte an, dass die Sitzungen des Jugendhilfeausschusses zukünftig mehr in solchen Kinder- und Jugendeinrichtungen stattfinden.

Herr Kramer bezog sich auf den Änderungsantrag des Oberbürgermeisters. Dort ist mehrmals erwähnt, dass der Engagementbeirat mit der Erarbeitung von Leitlinien für die informelle Bürgerbeteiligung beauftragt wird. Er erkundigte sich, ob die Mitglieder des Engagementbeirats darüber eine Information haben.

Herr Dr. Wend sagte, dass es darüber keine Information hat. Er sieht den Änderungsantrag als eine Missinterpretation der Verwaltung.

Frau Brederlow teilte mit, dass sie den Antrag der Fraktion MitBürger so versteht, dass nicht solche Formate wie Ausschusssitzungen gemeint sind. Ihrer Meinung nach, sind andere Formate gemeint. Es sollte hierzu eine Expertise vom Kinder- und Jugendrat und Stadtschülerrat eingeholt werden.

Herr Starke sagte, dass er den Antrag sehr unterstützt und gut findet. Die Stadt Halle ist seit den letzten 10 Jahren sehr bemüht, die Bürgerbeteiligung auszubauen. Der Engagementbeirat ist bei diesem Vorgang mit einzubeziehen, kann aber hierbei nicht federführend sein, weil die Ressourcen dafür nicht besitzt.

Frau Haupt teilte mit, dass ihre Fraktion DIE LINKE. den Antrag ebenfalls unterstützt. Sie teilte mit, dass in der Satzung des Engagementbeirats eine Erarbeitung von Leitlinien für die informelle Bürgerbeteiligung oder eine federführende Entwicklung zum Sachverhalt nicht verankert ist. Die Fraktion DIE LINKE. wird dem Änderungsantrag des Oberbürgermeisters

Herr Heym sagte, dass er den Änderungsantrag des Oberbürgermeisters auch für fragwürdig hält. Die Thematik und Zielsetzung des Engagementbeirats sind seiner Meinung nach nicht mit dem Ursprungsantrag konform. Er erwähnte, dass er bei der Diskussion zum Antrag bereits im Hauptausschuss zugegen war. Dort wurde gefragt, inwieweit die bisherigen Aktivitäten zum Thema der Verwaltung ausgewertet bzw. nachbereitet werden. Es wurde gesagt, dass die Verwaltung sich dabei selbstkritisch überprüft. **Herr Heym** wies darauf hin, dass der Punkt 1 im Antrag dies genauso verlangt. Er bat zu prüfen, ob der inhaltliche Aspekt des Antrags mit seinem definierten Aufwand eine wirklich gewollte, signifikante Verbesserung hervorrufen wird. **Herr Heym** wird dem Antrag nicht zustimmen, bis ihm jemand sinnvoll erklärt, dass hier der dringliche Bedarf wirklich signifikant benötigt wird.

Herr Dr. Wend bemerkte, dass es darum geht, den Fokus der letzten Jahre zu beobachten. Diesen sollte man dann wohlwollend prüfen und analysieren.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass gerade eine Thematik im Ausschuss diskutiert wird, die in den Hauptausschuss gehört. Es sollte hierbei um die Frage der Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Familien gehen.

Frau Schmidt erkundigte sich, ob der bestehende Antrag für die Verwaltung zweckmäßig erscheint.

Frau Brederlow betonte, dass sie diese Frage nicht beantworten könnte, und bat, diese im Hauptausschuss zustellen.

Es gab keine weitere Wortmeldung, sodass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Analyse und Evaluation der informellen Bürgerbeteiligung der Jahre 2014 bis 2023 durchzuführen und die Ergebnisse dem Stadtrat bis Ende 2024 als Informationsvorlage vorzulegen.
2. Darauf aufbauend wird die Stadtverwaltung beauftragt, Leitlinien für die informelle Bürgerbeteiligung zu erarbeiten und dem Stadtrat bis Mitte 2025 zur Beschlussfassung vorzulegen.
3. Der Stadtrat regt an, die Zielgruppe sowohl in der Analyse- und Evaluationsphase als auch bei der Erarbeitung der Leitlinien von Beginn an eng einzubinden.

zu 7.3.1 **Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion
MitBürger zur Erarbeitung von Leitlinien für die informelle
Bürgerbeteiligung (VII/2023/06596)**
Vorlage: VII/2023/06644

Abstimmungsergebnis: abgelehnt

Beschlussvorschlag:

4. ~~Die Stadtverwaltung~~ **Der Engagementbeirat** wird beauftragt, eine Analyse und Evaluation der informellen ~~Bürger~~**Einwohner**beteiligung der Jahre 2014 bis 2023 durchzuführen ~~und die Ergebnisse dem Stadtrat bis Ende 2024 als Informationsvorlage vorzulegen.~~
5. **Der Engagementbeirat wird beauftragt, bis Mitte 2025 auf Basis der Ergebnisse und unter Einbindung der Zielgruppen** ~~Darauf aufbauend wird die Stadtverwaltung beauftragt,~~ Vorschläge für Leitlinien für die informelle ~~Bürger~~**Einwohner**beteiligung zu erarbeiten.
6. **Der Oberbürgermeister wird beauftragt, und dem Stadtrat die Leitlinien** zur Beschlussfassung ~~vorzulegen~~ **vorgelegt.**
7. ~~Der Stadtrat regt an, die Zielgruppe sowohl in der Analyse- und Evaluationsphase als auch bei der Erarbeitung der Leitlinien von Beginn an eng einzubinden.~~

zu 7.4 **Antrag der Fraktion MitBürger zur Anlage eines Stadtplatzes in Glaucha**
Vorlage: VII/2024/06836

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das Areal zwischen der Straßenkreuzung Zwinger-/Bertramstraße und der Heinrich-Pera-Straße zu einem attraktiven öffentlichen Stadtplatz zu entwickeln. Die Anlage des Stadtplatzes soll unter Einbeziehung des westlichen Teils der Außenanlagen der Grundschule Glaucha (siehe Anlage 1) erfolgen.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für die Planung und Realisierung dieses Vorhabens Städtebaufördermittel zu beantragen.

zu 8 **Mitteilungen**

zu 8.1 **Jahresplanung Jugendhilfeausschuss 2024** **Vorlage: VII/2024/07069**

Die Jahresplanung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.2 **Runder Tisch Systemsprenger - Bündnis zur Perspektiventwicklung für systemherausfordernde Kinder und Jugendliche in Halle (Saale)** **Vorlage: VII/2024/07158**

Frau Manuela Elz, Frau Anne Manser, Herr Andreas Fritsch und Herr Juri Schauder informierten zum Runden Tisch Systemsprenger - Bündnis zur Perspektiventwicklung für systemherausfordernde Kinder und Jugendliche in Halle (Saale).

Frau Schmidt bezog sich auf die zunehmenden Zahlen für systemherausfordernde Kinder und Jugendliche in Halle (Saale). Sie fragte, ob aus der Perspektive der Kinder- und Jugendpsychiatrie es Hinweise für die steigenden Zahlen gibt.

Frau Elz teilte mit, dass in der Kinder- und Jugendpsychiatrie zunehmend komplexe, psychisch kranke Kinder und Jugendliche vorhanden sind. Die Zunahme ist kontinuierlich gestiegen. Die Kinder und Jugendlichen sind durch ihre innerseelische und persönliche Struktur sehr instabil. Bei diesen Kindern und Jugendlichen ist eine Psychotherapie nicht geeignet. Das Spektrum der speziellen Kinder ist weiterhin sehr groß. Die Corona-Pandemie hat einen großen Anteil daran.

Frau Gellert erkundigte, wie schnell diese Kinder und Jugendlichen einen Termin in der Kinder- und Jugendpsychiatrie erhalten.

Frau Elz teilte mit, dass man derzeit 8 Wochen für einen ambulanten Vorstellungstermin warten muss.

Frau Franke wies darauf hin, dass Systemsprenger eine Vorgeschichte haben. Sie erkundigte sich, ob festgestellt wird, dass die Kinder und Jugendlichen jünger werden und was mit den Eltern und Familien, wo der Ursprung festgestellt wird, geschieht.

Herr Schauder sagte, dass natürlich in der Kita angefangen werden muss, weil es dort Kinder gibt, die sich bereits auf dem Weg eines Systemsprengers befinden. Ein Kind, das zu einem Systemsprenger geworden ist, liegt meist am Umfeld, dazu gehören nicht nur die Eltern.

Herr Dr. Wend bedankte sich für die Bemühungen und die Aktivität dieser Arbeitsgruppe. In den Kinderarztpraxen wird zunehmend festgestellt, dass die Eltern eine psychische Störung bei ihren Kindern diagnostiziert haben. Dieses Verhalten blockiert die psychische Struktur von wirklich psychisch erkrankten Kindern. **Herr Dr. Wend** betonte, dass die Früherkennung ein wichtiger Faktor in diesem System ist. Er vertritt die Ansicht, dass die Gesellschaft zu spät reagiert. **Herr Dr. Wend** bedankte sich bei allen Beteiligten für ihre Ausführungen.

Frau Franke fügte hinzu, dass dieses Schlittenhundemodell eventuell auf niedrige Ebenen gebracht werden müsste, indem man die Kitasozialarbeit stärkt und einen Leithund etabliert, der diese Netzwerke zusammenführt.

Frau Brederlow bemerkte, dass man hierzu mehrere Professionen zusammenfügen muss. Die benötigten Sozialarbeiter stehen auch bei dieser Problemlage nicht zur Verfügung.

Herr Heym wies darauf hin, dass wir aufhören müssen, die bestehenden Strukturen quantitativ und qualitativ entgegen Ratschlägen von Experten zu überfordern. Stattdessen sollte man mit der Überforderung konstruktiv umgehen.

Frau Manser bedankte sich für den festzustellenden Enthusiasmus zum Thema. Sie regte eine weitere zukünftige Kommunikation zum diesem Thema an.

Frau Schubert wies darauf hin, dass im Deutschen Roten Kreuz jahrelang die Horte und Kindertagesstätten zu Familienbegegnungsstätten erweitert wurden. Hierbei wurde festgestellt, dass Eltern einfach hilflos mit der Erziehung ihrer Kinder sind. Solche Familienbegegnungsstätten können hierbei sinnvoll genutzt werden.

Frau Brederlow stellte fest, dass die Verwaltung und die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses eine weitere Zusammenarbeit zu diesem Thema positiv entgegensehen.

zu 8.3 Bericht aus dem Allgemeinen Sozialen Dienst Vorlage: VII/2024/07157

Herr Fritsch informierte anhand einer Präsentation zum Allgemeinen Sozialen Dienst.

Frau Gellert verwies auf die Wichtigkeit der präventiven Angebote, in Verbindung mit der Arbeit in den Familien. Eine gewisse Stabilität über das Präventionskonzept wäre zu diesem Thema wünschenswert.

Frau Franke erwähnte den Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 5. Mai mit dem Motto „Viel vor für Inklusion“. Sie erkundigte sich zum Stand des Themas „Zusammenwachsen der Systeme“ in Bezug auf die Jugendhilfe in Halle (Saale). Des Weiteren fragte sie, ob es bereits die dazugehörigen Verfahrenslotsen gibt.

Herr Fritsch teilte mit, dass die Ausschreibungen für die Verfahrenslotsen vorbereitet werden und dieses Jahr veröffentlicht werden. Die Verwaltung hat dafür zwei Stellen vorgesehen und wird die inhaltlichen Aspekte auch öffentlich darstellen.

Herr Starke verwies auf die zunehmende Fallzahl von älteren Kindern. Er bat um Erklärung. Des Weiteren erkundigte er sich nach der momentanen Personalstruktur.

Herr Fritsch sagte, dass es zunehmend Eltern gibt, die plötzlich ihre Überforderung anzeigen. Diese Eltern haben vorher keine Signale angezeigt bzw. wurde der ASD nicht angefragt. Daher kommt es zur zunehmenden Fallzahl von älteren Kindern. **Herr Fritsch** teilte mit, dass er einmal im Monat Bewerbungsgespräche führt und sich über jeden neuen Mitarbeiter freut.

Frau Schmidt bat, zukünftig die Statistik zur beendeten Obhutnahme mit gleichgroßen Kategorien zu bilden. Somit würde diese Statistik eine höhere Aussagekraft erhalten. Des Weiteren

bat sie, verwendete Paragrafen in Präsentationen bezüglich ihres Gesetzes auszuschreiben bzw. verständlicher darzustellen.

Herr Dr. Wend bedankte sich für die Ausführungen.

Dieser Bericht ist im Session hinterlegt.

zu 8.4 Bericht zum Jahresabschluss Unterhaltsvorschuss (UVG) für das Jahr 2023 sowie aktuelle Informationen zur Auswirkung der Ukraine-Krise auf den Bereich UVG Vorlage: VII/2024/07137

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

Dieser ist im Session hinterlegt.

zu 9 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Herr Dr. Wend zu Beschlussvorlagen

Herr Dr. Wend äußerte seinen Unmut für die fehlenden Beschlussvorlagen zur Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe für die heutige Tagesordnung. Er sagte, dass mehrfach zum Verbleib nachgefragt wurde. Die Gelder sind im Haushalt eingestellt und beschlossen. Er fragte, wie es zu diesem Zustand verwaltungsintern kommen konnte.

Frau Brederlow sagte, dass die dazugehörigen Abstimmungen in der Verwaltung sehr lange gedauert haben. Es wird derzeit geprüft, ob die Beschlussvorlagen für die Sitzung im Juni vorliegen.

Herr Kramer sagte, dass die freien Träger Bewerbungsgespräche bis zum 1. Mai durchgeführt haben, in der Hoffnung, dass die Beschlussvorlagen am 2. Mai im Jugendhilfeausschuss behandelt werden. Den Unmut darüber trifft meistens die falschen Leute, aber trotzdem ist er da und verständlich. Er sieht hierbei ein hohes Kommunikationsproblem, welches zukünftig verbessert werden sollte.

Herr Dr. Wend bemerkte, dass von allen Beteiligten ein hohes Unverständnis besteht. Er bestätigte die Aussage von Herrn Kramer zur problematischen Kommunikation zum Thema. **Herr Dr. Wend** betonte, dass sich die Verwaltung speziell zu diesem Thema hinter ihrer internen Verwaltungsstruktur versteckt.

Frau Brederlow sagte, dass es ein bestimmtes Verfahren zur Freigabe von Beschlussvorlagen in der Verwaltung gibt. Dieses Verfahren muss auch sie einhalten.

Herr Döring äußerte ebenfalls seinen Unmut darüber und empfahl, an anderer Stelle im Hauptausschuss dieses Thema zu erwähnen.

Frau Haupt erkundigte sich, ob der Kinder- und Jugendrat hinsichtlich der Kommunalwahl aktiv geworden ist. Es geht ihr speziell um das Thema „Wählen ab dem 16. Lebensjahr“.

Herr Starke teilte mit, dass verschiedene freie Träger der Jugendhilfe zu diesem Thema aktiv sind. Es gibt hierbei verschiedene Prozesse, die in den nächsten Wochen auch wahrnehmbar werden.

zu 9.1 Frau Haupt zur Kommunalwahl

Frau Haupt erkundigte sich, ob der Kinder- und Jugendrat hinsichtlich der Kommunalwahl aktiv geworden ist. Es geht ihr speziell um das Thema „Wählen ab dem 16. Lebensjahr“.

Herr Starke teilte mit, dass verschiedene freie Träger der Jugendhilfe in diesem Bereich tätig sind. Es gibt verschiedene Prozesse, die in den nächsten Wochen auch wahrnehmbar sein werden.

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Dr. Wend beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der nicht öffentlichen Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Detlef Wend
Ausschussvorsitzender

René Lukas
stellv. Protokollführer